

Sehr geehrte Frau Hagenbruch,

wie telefonisch besprochen, sende ich Ihnen meine Stellungnahme.

„Das Thema Flächenverbrauch beschäftigt mich naturgemäß als Gemeinderätin in Dossenheim mehr als im Landtag von Baden-Württemberg, da die konkreten Entscheidungen in der Regel auf kommunaler Ebene, im Nachbarschaftsverband, im Kreistag und in der Metropolregion getroffen werden. Und aus meiner Sicht müssen sie auch in erster Linie von den Verantwortlichen vor Ort beschlossen werden, denn nur diese haben dafür bei den Kommunalwahlen den Auftrag der Bürger erhalten.

In Dossenheim haben wir, genau wie die anderen Kommunen im Wahlkreis, natürlich auch regelmäßig Erweiterungsdebatten – und halten Erweiterungsflächen vor. Als CDU haben wir hier immer eine klare Haltung: wir sprechen uns gegen oder für ein nur moderates flächenmäßiges Wachstum unserer Gemeinde aus. Aber wir wollen sowohl Menschen, die hier aufgewachsen sind, als auch unseren Unternehmen, die sich vielleicht erweitern wollen, Perspektiven vor Ort bieten.

Ich halte grundsätzlich nichts davon, die Kommunen komplett in ihren Entwicklungsmöglichkeiten zu beschränken. Ihre Autonomie ist schon allein dadurch eingeschränkt, dass die Regionalplanung schlussendlich auf der Ebene der Metropolregion koordiniert wird. Ein Großteil der Städte und Gemeinden in meinem Wahlkreis ist darüber hinaus im Nachbarschaftsverband organisiert, was ebenfalls ein Korrektiv gegen einseitige Erweiterungswünsche darstellt.

Sowohl die Städtebauförderung und die Wohnraumförderung des Landes Baden-Württemberg, als auch das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (das zugegebenermaßen bei uns im Ballungsraum nur an wenigen Stellen greifen kann) fördern die Innenentwicklung, und damit flächenschonende Maßnahmen. Und ich persönlich gebe allemal der Innenentwicklung Vorrang vor der Außenentwicklung.

Es gibt aber, gerade in Regionen mit einem starken Zuzug und starkem Wachstum wie in der Metropolregion Rhein-Neckar, immer wieder auch Grenzen der Innenentwicklung. Natürlich müssen wir nicht nur die Wirtschaftskraft und damit auch die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Hand, sondern auch unsere Umwelt und konkret unseren sowie den Lebensraum von Flora und Fauna für künftige Generationen erhalten. Aber den künftigen Generationen ist auch nicht geholfen, wenn wir jede Entwicklungsmöglichkeiten kategorisch ausschließen, für die Boden neu versiegelt werden müsste.

Spätestens, wenn die Kinder später in einem Ballungsraum wie bei uns am Wohnort ihrer Eltern selbst eine Wohnung oder einen Arbeitsplatz suchen, gehen bei vielen die Vorwürfe über fehlenden Wohnraum und fehlende Arbeitsplätze los. Auch das müssen wir im Blick behalten, wenn wir unseren Kindern keine Zwangsumsiedelung in entlegene und dünn besiedelte Regionen Deutschlands oder gar ins Ausland vorschreiben wollen. Der Drang aufs Land und der Wunsch nach unbebauten Flächen ist zwar bei jüngeren Menschen zunehmend wieder vorhanden, worüber ich mich sehr freue, aber es sollte immer noch eine freie Entscheidung bleiben.

Ich persönlich plädiere allerdings für schonenden Flächenverbrauch und für Ausgleichsmaßnahmen – und dafür, dass diese auch ernst genommen werden. Dies könnte z.B. im Rahmen der von der CDU Baden-Württemberg für die nächste Legislaturperiode geplanten Landeszentrale für Anpassung, Resilienz und Umweltsicherheit in Angriff genommen werden, die den Fokus auch auf den Umwelt- und Artenschutz in Ballungs- und Siedlungsgebieten legen soll.“

Mit freundlichen Grüßen

Julia Philippi MdL

Landtag von Baden-Württemberg

Konrad-Adenauer-Str. 3

70173 Stuttgart

d. 0711-2063-958

p. 06221-864561

f. 0711-2063-14-958

[julia.philippi@cdu.landtag-bw.de](mailto:julia.philippi@cdu.landtag-bw.de)